

Norbert Lammert

WIE VIEL ERINNERUNG BRAUCHT DEMOKRATIE?

Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?

Norbert Lammert

Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?

Mit einer Einführung von Wolfgang Thierse

Hrsg. im Auftrag der
Politikergedenkstätten des Bundes
von Wolfram Hoppenstedt

Berlin 2017

Prof. Dr. Norbert Lammert

Geboren 1948 in Bochum, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Neueren Geschichte und Sozialökonomie, 1966 Beitritt zur CDU, seit 1980 MdB, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages.

Prof. Dr. Norbert Lammert hat sich vielfach in geschichtspolitischen Fragen engagiert und mit Nachdruck für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin ausgesprochen. Auf seinen Vorschlag hat der Deutsche Bundestag drei seiner Liegenschaften Unter den Linden nach herausragenden Parlamentariern des 20. Jahrhunderts benannt: Matthias Erzberger, Otto Wels und Elisabeth Selbert.

Dr. h. c. Wolfgang Thierse

Geboren 1943 in Breslau, Studium der Germanistik und der Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Tätigkeit als Literaturwissenschaftler, im Oktober 1989 Beitritt zum Neuen Forum, seit Januar 1990 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), im Juni 1990 Wahl zum Vorsitzenden der SPD in der DDR, seit 1990 MdB, 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, 2005 bis 2013 dessen Vizepräsident.

Dr. Wolfgang Thierse ist in kultur- und erinnerungspolitischen Fragen sehr engagiert. Seit Oktober 2000 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

Die Publikation dokumentiert eine gemeinsame Vortragsveranstaltung der sechs Politikergedenkstiftungen des Bundes am 19. Juni 2017 im Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Die Veranstaltung und diese Publikation wurden aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

© Die Politikergedenkstiftungen des Bundes

Printed in Germany 2017
ISBN 978-3-933090-97-3

V.i.S.d.P.:

Dr. Wolfram Hoppenstedt
Geschäftsführer
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.
Unter den Linden 62-68
10117 Berlin
Telefon: (030) 7877070
www.willy-brandt.de

Redaktion: Dr. Wolfram Hoppenstedt, Julia Hornig M.A.
Gestaltung: Pralle Sonne, Berlin
Realisation und Druck: spreadruck Berlin GmbH

Inhalt

- Bundestagspräsident a. D. Dr. h. c. Wolfgang Thierse
- 7 Einführung**
- Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert
- 13 Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?**
- 25 Die Politikergedenkstiftungen des Bundes**
- Otto-von-Bismarck-Stiftung
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus
Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung
- Orte der Stiftungen
- Bildnachweis

Bundestagspräsident a. D. Dr. h.c. Wolfgang Thierse

Einführung

Als Vorsitzender des Kuratoriums der hier in Berlin ansässigen Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung darf ich Sie im Namen der sechs Politikergedenkstiftungen des Bundes sehr herzlich begrüßen. Gemeinsam mit den Kuratorien und Vorständen der Bundesstiftungen freue ich mich, dass so viele historisch-politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger unserer gemeinsamen Einladung gefolgt sind.

Viele unter Ihnen dürften uns schon ein wenig kennen.

Allen übrigen Gästen möchte ich unsere Stiftungen und ihre vielfältigen Angebote kurz etwas näher bringen und gerne würde ich Sie dazu bewegen, unsere Einrichtungen nach und nach auch einmal zu besuchen.

Es lohnt sich.

Aber zunächst möchte ich dem Präsidenten des DHM, Herrn Professor Raphael Gross, sehr herzlich dafür danken, dass wir hier im Zeughauskino zu Gast sein dürfen.

Seit 1978 hat der Deutsche Bundestag nach und nach sechs Politikergedenkstiftungen des Bundes errichtet. *Bisher* sind es sechs Stiftungen, ist man geneigt zu sagen. Warum sollten es nicht bald sieben sein? Eine Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung könnte und sollte doch die nächste Stiftung sein in unserem Kreis, denke ich.

Die Politikergedenkstiftungen werden aus dem Bundeshaushalt finanziert und unterstehen der Rechtsaufsicht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Unter ihrem gemeinsam gewählten Motto „Biografien erzählen – Geschichte entdecken“ erinnern die Stiftungen an Persönlichkeiten, die in der deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine herausragende Rolle gespielt haben.

Es geht also – so haben es die Mitglieder des Deutschen Bundestages einhellig gesehen – um bedeutende Staatsmänner; *bisher* sind es nur Männer. Man wird sehen, wann sich dies ändern wird.

Es geht also um bedeutende Staatsmänner, die für die Geschicke der Deutschen



und bis zu einem gewissen Grad auch für unsere europäischen Nachbarn von Richtung gebender, wenn nicht sogar *Weg weisender* Bedeutung waren.

Die Politikergedenkstätten des Bundes haben ihren Sitz an Orten, die eng mit dem Namen und dem Leben ihrer Namenspatrone verbunden sind: die Otto-von-Bismarck-Stiftung in Aumühle-Friedrichsruh, die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus – sie ist die älteste unserer Institutionen – in Rhöndorf bei Bonn, die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung hier in Berlin, und erst letztes Jahr durften wir die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung in Hamburg als sechste Partnerin in unserem Kreis begrüßen. Die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung befindet sich derzeit noch im Aufbau.

Die Politikergedenkstätten des Bundes bieten umfassende Programme.

Das Kernangebot bilden naheliegenderweise die Dauerausstellungen mit jeweils vielen Tausend Besuchern im Jahr. Dort wird ein breites historisch-politisches Bildungsprogramm geboten, das sich sowohl an Erwachsene wie an junge Menschen richtet. Aber auch neue Zielgruppen werden vermehrt erschlossen: etwa Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge.

Die historische Forschung bildet das zweite Standbein. Einige Stiftungen verwalten das Archiv ihres Namensgebers selbst, andere nicht. Alle verfügen über ein Team von Historikern, die etwa Editionen mit den wichtigsten Briefen, Reden und Aufzeichnungen der Politiker erarbeiten. Andere Forschungspublikationen kommen hinzu. Und auf Historikerkonferenzen mit nationaler wie internationaler Beteiligung werden regelmäßig die jüngsten Forschungen diskutiert und auf den Prüfstand gestellt.

Bei den Vortragsreihen, Podiumsgesprächen und ähnlichen Formaten herrscht unter den Stiftungen große Vielfalt. Dabei beschränkt sich der Blick längst nicht mehr nur auf die Vergangenheit. Nach meinem Eindruck wird seit einigen Jahren in allen Stiftungen immer stärker versucht, einen Bogen in die Gegenwart zu schlagen und die Fragen zu stellen: Welche politischen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind vielleicht gar nicht so neu? Welche Antworten haben die geehrten Staatsmänner in ihrer Zeit darauf gegeben? Und welche politischen Handlungsmaximen, für die sie standen, haben heute noch oder wieder Gültigkeit und können uns Antworten auf die großen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit bieten?

In ihrem Wesenskern aber sind die Politikergedenkstätten des Bundes Orte, vielleicht sogar Leuchttürme, für die Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Demokratie.

„Erinnern an Demokratie in Deutschland“ – das ist gewiss ein Leitmotiv, das über der Arbeit der Politikergedenkstätten des Bundes insgesamt steht.

Und so lautete auch der Titel einer Expertentagung, welche unsere Stiftungen



gemeinsam im Oktober 2014 am Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig durchgeführt haben. Der Untertitel der Konferenz lautete: „Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik“. Dutzende von Historikern, Geschichtsdidaktikern, Museumspädagogen und Ausstellungsmacher haben daran teilgenommen. Sie kamen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland.

Auf der Leipziger Konferenz, deren gemeinsam durch unsere Stiftungen herausgegebener Tagungsband kürzlich erschienen ist, wurde deutlich: Trotz mancherlei Ansätze hat die Beschäftigung mit der Geschichte unserer Demokratie im öffentlichen Diskurs unseres Landes bisher eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Es gibt Nachholbedarf. Es bedarf also neuer Anstrengungen und Impulse.

Die Frage, die wir uns heute deshalb gestellt haben, lautet:

Wie viel Erinnerung *braucht* die Demokratie?

Und wir freuen uns außerordentlich, dass sich Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert bereit erklärt hat, etwas Grundsätzliches dazu zu sagen.

Vorweg noch eine kurze Bemerkung von mir dazu:

Deutschland hat gerade im 20. Jahrhundert eine Geschichte der Verirrungen, des Verbrechens, des Krieges, der Entsetzlichkeiten.

Deutschland hat die Pflicht, sich daran zu erinnern. Es ist *unsere* Pflicht, sich daran zu erinnern, in der Hauptstadt und anderswo.

Aber Deutschland hat auch eine Freiheits- und Demokratiegeschichte, eine Geschichte des Gelingens. Deren schönstes Ereignis im 20. Jahrhundert ist die Friedliche Revolution und die erfolgte Wiedervereinigung im Jahre 1989/90. Daran im Zentrum der deutschen Hauptstadt zu erinnern, das ist der Sinn des Freiheits- und Einheitsdenkmals, über das so lange gestritten wurde, und für das Norbert Lammert und ich und andere sich ganz entschieden eingesetzt haben. Nun gibt es, wie ich hoffe, den *letztgültigen* Beschluss des Deutschen Bundestages dazu. Und das Denkmal wird gebaut und dann wird man sehen, wie gut es ist, wie sehr es angenommen wird.

Als Bauherr des Holocaust-Denkmal erinnere ich mich noch gut, wie umstritten *dieses* Denkmal vorher war, auf wie viel Ablehnung es gestoßen ist. Keiner möchte heute mehr daran erinnert werden, dass er dagegen war.

Ich hoffe, das geht mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal ähnlich.

Und nun übergebe ich das Wort an Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert.



Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert

Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?

Wie viel Erinnerung braucht Demokratie? Das Thema setzt jedenfalls voraus, dass Demokratie Erinnerung braucht. Wobei die scheinbar schlichte übrigbleibende Frage, *wie viel* sie eigentlich braucht, offensichtlich von mir beantwortet werden soll – worauf ich Ihnen nur begrenzte Aussichten eröffnen kann, und schon gar nicht verbindliche Antworten oder Auskünfte. Aber ich will gerne ein paar Überlegungen dazu beitragen, zumal ich nicht nur das Anliegen der Politikergedenkstiftungen des Bundes für grundsympathisch, sondern unter vielerlei Gesichtspunkten auch für notwendig halte.

Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?

Und wer ist dafür eigentlich zuständig?

Und wie misst man das, was da gebraucht wird?

Und wie viel von dem, was gebraucht würde, wird tatsächlich beigetragen – oder umgekehrt: Wie viel fehlt offenkundig und an welcher Stelle fehlt es, und durch wen müsste es beigetragen werden?

Die Politik könnte es sich einfach machen, wenn sie dem hochangesehenen englischen Historiker Eric Hobsbawm (1917–2012) folgen würde. Für ihn hat Geschichte in Politikerhand nichts zu suchen. „Die beste Form der Vergangenheitsbewältigung“, so hat er nicht irgendwann zufällig, sondern bei der Verleihung eines renommierten Historikerpreises erklärt, die beste Form der Vergangenheitsbewältigung sei, „die Vergangenheit hinter sich, und die Geschichtsschreibung ganz den Historikern zu überlassen.“

Diese prägnante Bemerkung bestätigt mindestens die Eric Hobsbawm nachgesagte Freude an einer auffälligen Pointe, lässt aber möglicherweise doch eine Unterschätzung der fundamentalen Bedeutung von Vergangenheitsbezügen nicht nur im Allgemeinen, sondern insbesondere für die Konstituierung und Legitimierung politischer Ordnungen erkennen.

Staatliches Handeln vollzieht sich immer in historischen Kontexten, ausnahmslos. Und die Wahrnehmung staatlichen Handelns vollzieht sich zwar nicht immer,



aber doch vergleichsweise häufig und bei manchen Staaten noch häufiger als bei anderen auch in historischen Kontexten – was für eine sehr differenzierte Behandlung dieses Themas spricht, schon gar aus deutscher Perspektive.

Die Identität einer Person wird wesentlich durch ihre Herkunft bestimmt, und für die Identität von Ländern, von Völkern und von Nationen gilt das in sehr ähnlicher Weise. Sich die Identität eines Landes und die mehr oder weniger ausgeprägte, übrigens auch und gerade aus diesem Grunde mehr oder weniger ausgeprägte Identifikation der Bürgerinnen und Bürger eines Landes mit dem eigenen Land ohne die Herkunft vorzustellen, ist eine ziemlich theoretische Übung und nicht sehr wirklichkeitsnah.

Die Gegenwart ist immer nicht nur, aber doch wesentlich das Produkt der Vergangenheit; und die Zukunft ist nur schwer zu bewältigen, ohne Bewusstsein von dem, was früher war – überzeugend gelingt das jedenfalls selten.

Noch mehr als Personen stehen Nationen unter Beobachtung ihrer Zeitgenossen. Und wenn das für irgendeine Nation ganz sicher gilt, dann für unsere. Dass dies für die Deutschen in der Wahrnehmung ihrer Nachbarn ein geradezu prägender Aspekt des Verhältnisses ist, das ist hinreichend häufig und zu Recht beschrieben worden, so dass es keiner weiteren Erläuterung bedarf. Aus der Art und Weise, wie sich eine Gesellschaft und ein Staat zur eigenen Geschichte verhalten, lassen sich durchaus beachtliche Rückschlüsse auf das jeweilige Selbstverständnis ziehen. Insofern reden wir, wenn wir über Erinnerung im Allgemeinen und Erinnerungskultur im Besonderen sprechen, direkt und indirekt immer auch über staatliche Verantwortung.

Viele werden von mir jetzt nicht zum ersten Mal hören, dass es zu meinem Kulturverständnis gehört, dass der Staat nicht für Kultur zuständig ist, wohl aber für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet – was nicht dasselbe ist. Welche Bücher in einem Land geschrieben werden, welche Theaterstücke wie inszeniert werden, welche Bilder wie gemalt werden, welche Skulpturen mit und ohne Zehn-Jahres-Ausstellungen an prominenten Plätzen stehen, geht den Staat nichts an, außer dass er möglich machen sollte, dass all dies stattfinden kann, wenn er denn ein Kulturstaat sein will. Ich weise deswegen auf diesen Umstand hin, weil sich nach diesem Verständnis eine inhaltliche Kompetenz des Staates für Kunst und Kultur ausdrücklich nicht ergibt, die ich allerdings für einen einzigen Bereich der Kulturpolitik ausdrücklich reklamiere: die Erinnerungskultur!

Dass der Staat sich aus diesem Teil von gesellschaftlichem Nachdenken, Entwickeln, Weiterentwickeln des eigenen Selbstverständnisses heraushalten könnte, halte ich weder für wirklichkeitsnah noch für durchdacht. Hier kann er sich nicht alleine auf die zu sichernden Rahmenbedingungen zurückziehen, sondern er muss sich zur Geschichte des eigenen Staates, des eigenen Landes verhalten und in der

Art und Weise, in der er das tut oder auch lässt, prägt er die Erinnerungskultur einer Gesellschaft.

Ich räume ein, dass der Begriff „Erinnerungskultur“ genauso problematisch ist wie fast alle ähnlichen Begriffe. So habe ich auch Zweifel am Begriff „Geschichtspolitik“ – ein Begriff, den ich noch problematischer finde als den Begriff „Erinnerungskultur“, denn weder ist Politik für Geschichtsschreibung zuständig noch Geschichtsschreibung für Politik. Beide folgen ihren jeweils eigenen Ansprüchen, und diese sind ganz sicher nicht deckungsgleich.

Allerdings hat Geschichte ebenso wenig nur mit Vergangenheit zu tun, wie Politik nur auf die Bewältigung der Gegenwart reduziert werden darf. Wesentlicher Maßstab für ihre Relevanz ist der Beitrag, den sie jeweils zur Bewältigung der Zukunft leisten. Deswegen müsste vielleicht der noch vollständigere Titel unseres gemeinsamen Nachdenkens lauten: *Wie viel Erinnerung braucht die Zukunft einer Demokratie?*

Tatsächlich beobachten wir seit geraumer Zeit sowohl regelmäßige Hinweise auf ein vermeintlich neues Interesse an der Geschichte, als auch regelmäßige Klagen über einen erschreckenden Mangel an historischen Kenntnissen. Für beides gibt es Belege. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir in Deutschland eine bemerkenswerte Zahl von teilweise sehr aktiven Geschichtswerkstätten haben, dass sich autobiografische Erinnerungen mit einer bemerkenswerten Regelmäßigkeit auf Bestseller-Listen finden lassen, dass historische Ausstellungen eine beachtliche Konjunktur haben und keineswegs unterdurchschnittliche, sondern oft auffällig überdurchschnittliche Zuschauerzahlen. Im Film werden historische Stoffe wiederentdeckt, selbst im Fernsehen hat sich für eine bestimmte Art der erzählenden Dokumentation historischer Ereignisse der wiederum hübsche Begriff des *Histotainments* eingeschlichen, der offenkundig diejenigen, die vor dem Begriff Geschichte reflexhaft scheuen könnten, durch die Andeutung von Unterhaltung bei Laune halten soll.

Aber ich bin ein bisschen zögerlich, wenn ich mit einer wiederkehrenden Regelmäßigkeit von vermeintlich neuem Interesse an der Geschichte lese, weil ich den Eindruck habe, dass die Wahrnehmung dieses Interesses vielleicht neuer ist als das Interesse selbst. Denn wenn man etwa auf die großen kunst- und kulturhistorischen Ausstellungen der jüngeren Vergangenheit verweist und nach dem Anfang einer solchen Serie von Entwicklungen sucht, bei den großen Ausstellungen über Karl den Großen, die Ottonen, die Salier, die Staufer, den Dreißigjährigen Krieg, die Geschichte Preußens, die Paulskirche 1848/49 – und wir reden über eine Serie wirklich bundesweiter, teilweise international wahrgenommener großer historischer Ausstellungen seit den 1970er Jahren –, dann ist das immerhin ein Zeitraum von gut 40 Jahren, in dem es ein tatsächliches oder eingebildetes neues Interesse an Geschichte gegeben haben soll.

Wir arbeiten uns gewissermaßen von Karl dem Großen immer mehr an die jüngere Gegenwart heran, und kaum sind wir dort angekommen, stellen wir fest, dass es ein ganz neues Interesse an der Geschichte gibt. Ich bin da nicht so sicher, und schon gar nicht bin ich mir sicher, ob dies ein *nachhaltiges* Interesse ist, ob es über die offenkundig ausgeprägte spontane Neigung hinaus, sich auch und gerade mit historischen Sachverhalten zu beschäftigen, ein nachhaltiges Aufarbeiten und Einarbeiten historischer Wahrnehmungen in aktuelle Lebensbezüge diesseits und jenseits der Politik gibt. Denn so richtig der Hinweis auf die erstaunliche Literatur, die erstaunliche Konjunktur von Ausstellungen, Filmen und anderen einschlägigen Darstellungsformen ist, so einschlägig sind leider auch die Untersuchungen, die das historische Wissen oder Nichtwissen nachwachsender Schülergenerationen dokumentieren.

Viele von Ihnen kennen die berühmte – fast hätte ich gesagt berühmt-berühmte – Umfrage im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, die vor fünf Jahren ja zu dem rundum ernüchternden Ergebnis führte, dass fünf Prozent der deutschen Gymnasiasten den früheren SED-Chef Walter Ulbricht für einen oppositionellen Liedermacher halten und sieben Prozent meinen, Erich Honecker sei der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Und wenn man dann aus einer späteren Studie hinzunimmt, dass die Hälfte der befragten Schüler in Nordrhein-Westfalen das DDR-Regime für demokratisch legitimiert halten, dann ist der Befund eben leider gar nicht witzig, sondern er zeigt, dass sich hinter der oberflächlichen Beschäftigung mit Personen, Sachverhalten und Ereignissen jedenfalls nicht immer die vertiefte Auseinandersetzung mit Abläufen, Entwicklungen, Ereignissen, deren Ursachen und insbesondere auf deren Wirkungen finden lässt.

Dass die jüngere deutsche Geschichte häufig eher ein Bedürfnis nach Distanz gegenüber dem eigenen Land und der eigenen Geschichte erzeugt als einen spontanen Wunsch nach Identifikation, dafür wird man mit Blick auf den besonderen Verlauf der deutschen Geschichte mindestens Verständnis aufbringen müssen – jedenfalls erklärt es fast hinreichend den in den allermeisten unserer Nachbarländer sehr viel unkomplizierteren Bezug der Menschen zur eigenen Geschichte, als er in Deutschland zu beobachten ist.

Vielleicht hat dieses nach wie vor feststellbare Bedürfnis nach Distanz aber auch zu tun mit der verständlichen, gleichwohl unzulässigen Verkürzung der Wahrnehmung deutscher Geschichte. Denn diese deutsche Geschichte hat weder 1933 begonnen, noch war sie 1945 zu Ende. Und auch die heimliche, um nicht zu sagen *unheimliche* Variante der gleichen Verkürzung führt zu dem gleichen Befund: Die deutsche Geschichte hat nicht 1945 erst begonnen, nachdem sie 1933 vermeintlich zu Ende gegangen war. Wir befinden uns immer in der Kontinuität einer Ge-

schichte, die nicht nur sehr viel komplizierter ist als manche andere, sondern auch sehr viel länger und vielfältiger und vielseitiger war, als sie in aller Regel wahrgenommen wird.

Es hätte einen gewissen Reiz, sich mit kritischen Stimmen deutscher und internationaler Autoren und zum Verhältnis der Deutschen zu ihrer eigenen Geschichte auseinander zu setzen – ich begnüge mich mit dem Hinweis, den Adolf Muschg immer mal wieder gegeben hat, der frühere Schweizer Präsident der Akademie der Künste in Berlin, der diesem Land mit großer Sympathie, aber eben auch mit ausgeprägtem Beobachtungsvermögen gegenübersteht und der uns Deutschen immer mal wieder „Traditionsignoranz und Indifferenz gegenüber der eigenen Nationalkultur“ vorgeworfen hat – da treffen die Unbefangenheit des Schweizerers im Verhältnis zur eigenen Landesgeschichte und die von ihm zutreffend beobachtete Befangenheit der Deutschen im Umgang mit ihrer Geschichte aufeinander.



Natürlich muss im Zentrum deutscher Gedenkpolitik die doppelte Diktaturerfahrung im 20. Jahrhundert stehen, die zur kollektiven Erinnerung aller Deutschen gehört. Im antitotalitären Grundkonsens unserer Republik hat die Aufarbeitung beider Systeme mit ihren jeweiligen Gemeinsamkeiten und Unterschieden eine erhebliche, wiederum politische Bedeutung. Mit dem im Jahr 2008 verabschiedeten Gedenkstättenkonzept des Bundes, das es übrigens gar nicht geben müsste, wenn es eine staatliche Verantwortung für dieses Thema nicht gäbe, mit diesem Gedenkstättenkonzept des Bundes soll die über die Jahre entwickelte und von staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Institutionen getragene Erinnerungs- und Gedenkkultur zur NS-Zeit wie zur zweiten deutschen Diktatur gestärkt werden.

Nun ist es eher ein Kalauer als eine zielführende Bemerkung, darauf hinzuweisen, dass sich Geschichte nie wiederholt und die Befassung mit historischen Ereignissen, wenn schon nicht als Kompass, so doch ganz sicher als Orientierung für die Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen taugt. Nach meinem persönlichen Urteil ist die Nachkriegsgeschichte Deutschlands in einem beachtlichen Umfang allerdings die eindrucksvolle Widerlegung der stabilen Vermutung, das Einzige, was sich aus der Geschichte lernen lasse, sei, dass sich *nichts* aus ihr lernen lasse. Wenn es ein Land in Europa – vielleicht auch weiter darüber hinaus – gibt, für das dies weder objektiv noch im Selbstverständnis zutrifft, dann ist das wiederum Deutschland.

Die jetzt beinahe 70-jährige Geschichte der Bundesrepublik ist nicht nur, aber auch ein bemerkenswerter, jahrzehntelanger Lernprozess im Umgang mit der eigenen Geschichte und ihrer Aufarbeitung, der übrigens auch keineswegs geradlinig erfolgt ist. Aber dass es nicht nur in Europa kein zweites Land gibt, das so viel Grund hat wie wir, sich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen, sondern dass es tatsächlich auch kein zweites Land gibt, das sich so gründlich wie wir dieser eigenen Einsicht gestellt und unterzogen hat, das gehört wiederum auch zu den ermutigenden Erfahrungen und schlägt sich übrigens auch in der Wahrnehmung Deutschlands durch unsere Nachbarn nieder.

Dass dieses Land überhaupt wieder als gleichberechtigtes Land in der europäischen Völkerfamilie angenommen und wahrgenommen wird, und darüber hinaus mit Blick auf unsere Geschichte erstaunlicherweise von manchen inzwischen schon fast für das Modell der Entwicklung einer modernen Staats- und Gesellschaftsordnung gehalten wird, ist ohne die Wahrnehmung unserer konsequenten, gründlichen und im Wortsinn rücksichtslosen Befassung mit der eigenen Geschichte nicht erklärbar.

Nun gehört es zu den besonders delikaten Aufgaben sowohl für Historiker wie für staatliche Institutionen, in ihrem jeweiligen Umgang mit historischen Entwicklungen und Ereignissen weder die Handschriften zu übersehen, die Persönlichkeiten

für diese Entwicklungen und Ereignisse beigetragen haben, noch die großen Entwicklungslinien der Landesgeschichte hinter solchen Köpfen verschwinden zu lassen. Denn Geschichte ist immer beides. Sie lässt sich nie von den handelnden Personen lösen, aber sie lässt sich durch das jeweils handelnde Personal alleine auch nie hinreichend erklären.

In diesen Tagen, unter dem Eindruck des Todes von Altbundeskanzler Helmut Kohl, wird viel darüber nachgedacht und geschrieben, ob denn eigentlich der Prozess der Wiedervereinigung ohne ihn, ohne seine besondere Persönlichkeit, so hätte stattfinden können. Das werden mit größerem zeitlichem Abstand künftige Historiker auch nicht ohne Restzweifel beantworten können. Beachtlich ist schon, dass es in der vergleichsweise kurzen Zeit von einem Vierteljahrhundert nach diesen Ereignissen eine weit verbreitete Vermutung gibt, dass sich der Ablauf der Ereignisse ohne seinen persönlichen Beitrag so nur schwer vorstellen lässt. Sowie, ohne dass ich dieses Beispiel überstrapazieren möchte, der persönliche Beitrag Otto von Bismarcks zur Gründung des Deutschen Nationalstaates auch schwer substituierbar erscheint, schon gar nicht durch den damaligen Preußischen König und späteren deutschen Kaiser – was übrigens ein anderes interessantes Thema zur Erinnerungskultur ist.

Denn um die Jahrhundertwende des vorigen Jahrhunderts, also vom 19. zum 20. Jahrhundert, sind zur Festigung der Erinnerung an den ersten Deutschen Kaiser innerhalb von wenigen Jahren nicht weniger als 400 Denkmäler in Deutschland errichtet wurden. Das finden wir hoffentlich alle heute maßlos übertrieben, wobei ich jetzt den ästhetischen Teil dieser Denkmalspflege gar nicht in die nähere Betrachtung rücke. Aber das kommt uns sowohl vom Volumen wie von der Form der Heldenverehrung doch stark übertrieben vor, zumal es ganz offenkundig die *wirklichen Gewichte* nicht zutreffend wiedergibt. Wie eben auch Helmut Kohl, und damit komme ich zur Zeitgeschichte zurück, die deutsche Einheit nicht hätte wiederherstellen können, wenn es nicht die Bürgerrechtsbewegung in der DDR gegeben hätte und die Mauer zuvor nicht vom nicht-freien Teil Deutschlands eingeschoben, eingedrückt, niedergerissen worden wäre. Beide Beispiele illustrieren wohl hinreichend den relativen Zusammenhang von Ereignissen, von Strukturen und einzelnen Personen, die in solchen Situationen an einflussreichen Positionen sind oder nicht sind und mit glücklicher oder unglücklicher Handschrift einen förderlichen oder weniger förderlichen Einfluss auf die herrschenden Verhältnisse nehmen.

Das veranlasst mich mindestens mit einem Satz auf den 17. Juni zu sprechen zu kommen.

Der 17. Juni 1953 gehört für mich zu den herausragenden Ereignissen der jüngeren deutschen Geschichte, und fast jeder, der mit diesem Ereignis einen konkreten Namen verbinden sollte, käme erheblich in Schwierigkeiten. Mit mindestens

zulässiger Vereinfachung wird man sagen können, dass es den 9. November 1989 ohne den 17. Juni 1953 nicht gegeben hätte, wenn die sich wiederum natürlich nachträglich logisch erschließenden Zwischentapen des Ungarnaufstandes in Budapest 1956 und der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und der Solidarność ab 1980 in Polen nicht in diese Serie von gescheiterten Aufständen einbeziehen ließen, die am Ende dann den Zusammenbruch eines autoritären Regimes zur Folge hatten, weil die Menschen nicht bereit waren, das Scheitern ihres eigenen Freiheitswillens als letztes Wort der Geschichte zu akzeptieren.

Freiheitskämpfe verdienen nicht erst dann Respekt, wenn sie erfolgreich gewesen sind, sondern dann, wenn sie stattfinden. Und gerade deswegen ist Erinnerungskultur *mehr* als die Erinnerung an herausragende Persönlichkeiten – oder umgekehrt ist eine der wichtigsten Aufgaben der Erinnerungskultur, an Persönlichkeiten zu erinnern, an die sich niemand mehr erinnert, ohne die es diejenigen, an die wir uns – auch dank der Arbeit der Stiftungen – erinnern, aber sicher nicht gegeben hätte.

Wie verhalten wir uns zur eigenen Geschichte?

Wie identifizieren wir die Markierungspunkte, die erklären helfen, warum dieses Land jetzt so ist, wie es ist?

Was ist uns davon wichtig, und wie schlägt sich das, was wir für wichtig halten, in welcher Art von Strukturen, Institutionen, meinetwegen auch in einzelnen Denkmälern nieder?

Allein die Geschichte des Freiheits- und Einheitsdenkmals ist ein beinahe exemplarischer Beleg für unsere Schwierigkeiten im souveränen Umgang mit der Erinnerung an eine komplizierte deutsche Geschichte. Denn es gibt eine, wenn auch vergleichsweise übersichtliche, aber eindrucksvolle deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte, die übrigens auch nicht erst in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begonnen hat, sondern die sich spätestens in den Übersetzungen des Einflusses der Französischen Revolution auf damals ganz unterschiedlich verfasste kleinere deutsche Territorialstaaten in ihren Anfängen finden und nachzeichnen lässt. Und diese Ereignisse führten über das Wartburgfest und das Hambacher Fest in die Frankfurter Paulskirche, einem wiederum gescheiterten Anlauf zur Etablierung einer demokratischen Ordnung in einem deutschen Nationalstaat. Der Versuch, beides – Demokratie und Nationalstaat – gleichzeitig zu realisieren, war offenkundig zu ehrgeizig, aber jeder, der nicht ganz zu Unrecht diesen Anlauf als Beispiel für ein Scheitern erklärt, übersieht, dass es die Verfassung, die wir heute haben, ohne die Frankfurter Paulskirchenverfassung gar nicht gäbe, obwohl oder weil diese Verfassung nie in Kraft getreten ist.

An solche Zusammenhänge zu erinnern, ist nicht die exklusive, wenn auch professionelle Aufgabe von Historikern.



Vor allem ist die Erinnerung daran unverzichtbarer Bestandteil des Selbstverständnisses unseres Landes und muss deswegen nicht nur, aber eben auch als staatliche Aufgabe begriffen werden.

Der israelische Schriftsteller Amos Oz hat in einem Interview einmal gesagt: „Wenn ich bei den Friedensgesprächen etwas zu sagen hätte, würde ich die Ton-techniker anweisen, die Mikrofone abzuschalten, sobald irgendeine der Verhandlungsparteien anfängt, von der Vergangenheit zu reden. Sie werden dafür bezahlt, Lösungen für die Gegenwart und für die Zukunft zu finden.“

Das darf ein Schriftsteller sagen, aber es funktioniert weder im Nahen Osten noch in Europa. Weder Deutsche noch Polen, weder Israelis noch Palästinenser können ihre Zukunft unter Verdrängung oder Leugnung ihrer gemeinsamen Vergangenheit gestalten. Und je unversöhnlicher die Verhältnisse wurden und je länger sie andauern, desto zutreffender ist diese Lebensweisheit:

Das Geheimnis der Versöhnung ist Erinnerung, nicht das Vergessen, nicht das Verdrängen dessen, was stattgefunden hat, sondern das Aufarbeiten dessen, was stattgefunden hat.

Der bewusste, nicht selten schmerzhafteste Prozess des Sich-Verhaltens zu dem, was stattgefunden hat, ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine Aussicht auf eine gemeinsame Bewältigung gemeinsamer Zukunftsherausforderungen.

Nun sind die Erfahrungen, die wir als Personen wie als Länder, Nationen oder als Staaten gemacht haben, nicht identisch – jeder hat seine eigenen Erfahrungen gesammelt – und der Hinweis auch und gerade von Historikern, dass es eine gemeinsame europäische Geschichtserzählung deswegen nicht gebe und auch nur schwer geben könne, weil hier doch ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht wurden, ist keineswegs von der Hand zu weisen. Aber der richtige Hinweis auf die unterschiedlichen Erfahrungen ist zugleich eine schlechte Begründung für die Verweigerung eines gemeinsamen Aufarbeitens unterschiedlicher Erfahrungen.

Da fallen mir gerade aus der jüngeren Vergangenheit erfreuliche und weniger erfreuliche Beispiele ein. Im Prozess der Aufarbeitung einer besonders schwierigen gemeinsamen Vergangenheit waren wir zwischen Deutschland und Polen sicher schon mal ein bisschen weiter, als wir es gegenwärtig offenkundig sind. Aber daraus zu schlussfolgern, diese gemeinsame Auseinandersetzung mache keinen Sinn, ist weder historisch begründbar noch politisch vernünftig.

Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?

Braucht eigentlich nur Demokratie Erinnerung, braucht sie mehr davon als andere politische Systeme?

Dazu kann ich Ihnen keine abschließende Auskunft geben, sondern zunächst nur die starke Vermutung äußern, dass die Demokratie tatsächlich mehr als andere Staatsformen der ständigen Selbstvergewisserung bedarf, weil sie andere Stützen

der Stabilität, über die autoritäre Systeme reichlich verfügen, nicht nur nicht im Repertoire führt, sondern ausdrücklich aus dem Repertoire verbannt hat.

Kann es überhaupt ein *Zuviel* an Erinnerung geben?

Ja, ich glaube durchaus.

Es gibt auch ein Risiko der Vergangenheitsfixierung, der Realitätsflucht, auch dafür gibt es Beispiele. Trotzdem glaube ich, dass unter Berücksichtigung der tatsächlich stattfindenden Entwicklungen, Neigungen und Reflexe das Risiko größer ist, zu wenig in diese Befassung mit der eigenen Geschichte und ihre Lebendigkeit im öffentlichen Bewusstsein zu investieren. Denn der Preis der Geschichtsvergessenheit, des Verlustes von Erinnerung oder des Verdrängens ist Kopfflosigkeit. Eine Gesellschaft, die sich nicht erinnern will oder nicht erinnern kann, ein Staat, der so tut, als habe er mit seiner eigenen Vergangenheit nichts zu tun, enthauptet sich gewissermaßen, weil er sich der Mittel beraubt, die er zur eigenen Selbstvergewisserung braucht.

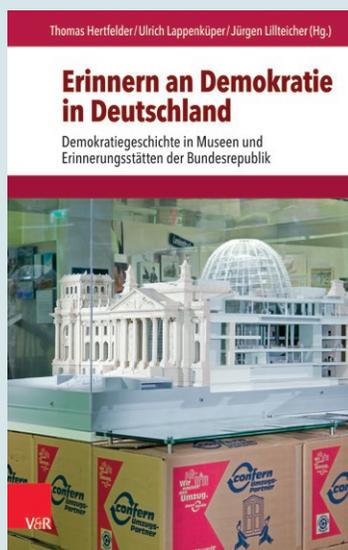
In diesem Sinne möchte ich mich bei den Initiatoren, bei den Politikergedenkstätten des Bundes, ausdrücklich bedanken, dass sie dieses komplizierte Thema in einer so demonstrativen Weise auf die Tagesordnung heben.

Ich verbinde damit nicht nur die Hoffnung, sondern eigentlich auch die sichere Erwartung, dass das mit einer solchen einmaligen öffentlichen Veranstaltung dann auch sicher nicht sein Bewenden haben kann, sondern dass das Thema immer wieder Gegenstand einer gemeinsamen Befassung sein und bleiben muss.

Und ich bin froh, dass wir heute in Deutschland das Maß an Konsens über den Stellenwert von Erinnerungskultur haben, das uns in die Lage versetzt, über ein solches Thema nicht nur folgenlos zu reflektieren, sondern auch operativ daraus Handlungsschritte zu entwickeln, die, wenn es denn hinreichend begründbar ist, gegebenenfalls auch den Haushaltsgesetzgeber erreichen können.

EINE GEMEINSAME PUBLIKATION DER POLITIKERGEDENKSTIFTUNGEN DES BUNDES

Die Geschichte der Demokratie spielt in der Erinnerungskultur Deutschlands nur eine geringe Rolle. Der Tagungsband untersucht die Ursachen und analysiert die Erzählung der deutschen Demokratieggeschichte anhand ausgewählter Museen und Gedenkstätten.



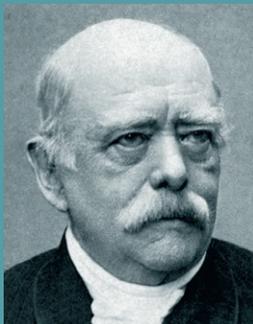
1. Auflage 2016
344 Seiten, gebunden,
mit 104 farbigen Abb.
Euro 30,00 D; Euro 30,90 A
PDF eBook Euro 23,99 €
ISBN 978-3-525-30093-0
ISBN (PDF eBook)
978-3-647-30093-1
Erschienen bei
Vandenhoeck & Ruprecht

DEUTSCHE STAATSMÄNNER UND IHRE BIOGRFIEN ERZÄHLEN AUS ZWEI JAHRHUNDERTEN UND LASSEN GESCHICHTE ENTDECKEN



DIE POLITIKERGEDENKSTIFTUNGEN DES BUNDES

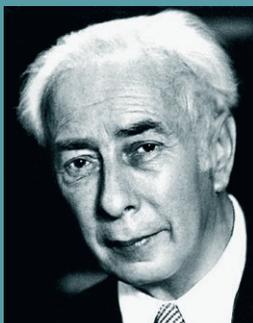
Otto von Bismarck
Friedrich Ebert
Theodor Heuss
Konrad Adenauer
Willy Brandt
Helmut Schmidt



Otto von Bismarck
Reichskanzler
1871–1890



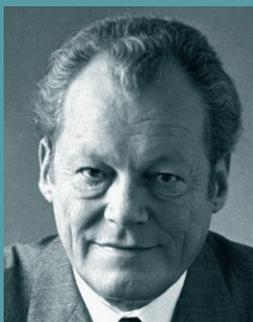
Friedrich Ebert
Reichspräsident
1919–1925



Theodor Heuss
Bundespräsident
1949–1959



Konrad Adenauer
Bundeskanzler
1949–1963



Willy Brandt
Bundeskanzler
1969–1974



Helmut Schmidt
Bundeskanzler
1974–1982

Biografien erzählen – Geschichte entdecken

Machen Männer die Geschichte? Diese Frage würde man heute wohl anders stellen. In jedem Fall aber lohnt die Auseinandersetzung mit historischen Persönlichkeiten, die in der Politik des 19. und 20. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle gespielt haben. Deshalb hat der Deutsche Bundestag seit 1978 sechs überparteiliche Gedenkstätten gegründet, die ihre wissenschaftliche und pädagogische Arbeit dieser Aufgabe widmen. Die Stiftungen beschäftigen sich mit Otto von Bismarck, Friedrich Ebert, Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Die Politikergedenkstätten haben ihren Sitz an Orten, die eng mit dem Leben dieser Persönlichkeiten verbunden sind. Unter dem gemeinsamen Motto „Biografien erzählen – Geschichte entdecken“ präsentieren sie Ausstellungen, die über den Lebensweg, das politische Denken und Wirken sowie das historische Erbe dieser Staatsmänner vor dem Hintergrund der jeweiligen geschichtlichen Epoche informieren.

Die Ausstellungen verstehen sich als Lernorte der Geschichte. Museumspädagogische Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Sonderausstellungen, Seminare, Vorträge, Zeitzeugengespräche und Podiumsdiskussionen bieten allen Interessierten ein vielfältiges Programm der historisch-politischen Bildung. Die Stiftungen betreiben darüber hinaus historische Forschung, führen wissenschaftliche Tagungen durch und geben Publikationsreihen heraus. Ihre Archive und Fachbibliotheken stehen Nutzern zur Verfügung.

Die Arbeit der Politikergedenkstätten trägt dazu bei, die Kenntnisse über die Geschichte Deutschlands und Europas im 19. und 20. Jahrhundert zu erweitern und zu vertiefen. Auf wissenschaftlicher Grundlage und publikumsnah vermitteln sie das wechselvolle historische Geschehen vom Kaiserreich bis zum wiedervereinigten Deutschland und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis unserer Gegenwart.



Otto-von-Bismarck-Stiftung

Otto von Bismarck | 1815 – 1898

Erster deutscher Reichskanzler (1871 – 1890), preußischer Ministerpräsident und Außenminister (1862 – 1890), geboren in Schönhausen/Elbe, gestorben und beigesetzt in Friedrichsruh bei Hamburg

Die Stiftung ist an zwei Standorten vertreten: Hauptsitz ist das historische Bahnhofsgebäude von Friedrichsruh. Dort bietet sich dem Besucher in einer Dauerausstellung das Panorama des „Aufbruchs in die Moderne“ im 19. Jahrhundert, den Bismarck maßgeblich mitgestaltet hat. Am zweiten Sitz in Schönhausen erzählen Gebäude und Park von der Lebenswelt, die Otto von Bismarck geprägt hat, und eine Ausstellung von „Otto von Bismarck und seiner Zeit“. Die Stiftung betreut außerdem das private Bismarck-Museum in Friedrichsruh. Alle drei Stätten dienen als außerschulische Lernorte, die zur Beschäftigung mit der deutschen und europäischen Geschichte einladen.

Otto-von-Bismarck-Stiftung

Am Bahnhof 2
21521 Friedrichsruh
Telefon: (04104) 977 110
info@bismarck-stiftung.de

Öffnungszeiten

Nov. – März: Di – So 10 – 16 Uhr
April – Okt.: Di – So 10 – 18 Uhr
Eintritt frei, Führungen auf Anfrage

Otto-von-Bismarck-Stiftung Schönhausen

Kirchberg 4-5
39524 Schönhausen (Elbe)
Telefon: (039323) 388 74
aussenstelle@bismarck-stiftung.de

Öffnungszeiten

Di – So 10 – 17 Uhr
Eintritt 3 Euro, ermäßigt 1 Euro
Gruppen ab 10 Pers. 2,50 Euro p. P.
Schulklassen und Führungen frei

www.bismarck-stiftung.de

Bismarck-Museum Friedrichsruh

Am Museum 2
21521 Friedrichsruh
Telefon: (04104) 963 93 44
stiftung-museum@t-online.de

Öffnungszeiten

Nov. – März: Di – So 10 – 16 Uhr
April – Okt.: Di – So 10 – 18 Uhr
Eintritt 4 Euro, Schulklassen frei
Führungen nach Anmeldung



OTTO-VON-BISMARCK-STIFTUNG



Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Friedrich Ebert | 1871–1925

SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender, Volksbeauftragter und erster Reichspräsident (1919–1925)

Die Stiftung unterhält rund um die 46 qm große Geburtswohnung Friedrich Eberts, wo der Schneidersohn Kindheit und Jugend verbrachte, die 2007 erneuerte Ausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert (1871–1925)“. In der Dauerausstellung wird der Aufstieg des Heidelberger Sattlergesellen zum Mitbegründer der Weimarer Republik nachgezeichnet. Sein Lebensweg wird dabei in die Geschichte seiner Zeit eingebettet: vom Kaiserreich über den Ersten Weltkrieg bis in die Anfangsjahre der ersten deutschen Demokratie.

Friedrich-Ebert-Haus

Museum:
Pffanggasse 18
69117 Heidelberg
Telefon: (06221) 910 70
friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Verwaltung der Stiftung:
Untere Straße 27
69117 Heidelberg

Öffnungszeiten

Di – So 10 – 18 Uhr
Do 10 – 20 Uhr
Eintritt frei

Kostenlose Führungen für Gruppen durch die ständige Ausstellung und Sonderausstellungen





Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Theodor Heuss | 1884 – 1963

Publizist, liberaler Politiker, Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Parlamentarischen Rats und erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1949 – 1959)

Ein Museum als Erlebnisort: Drei Wohnräume im Haus des ersten Bundespräsidenten regen dazu an, sich auf eine Zeitreise in die späten fünfziger Jahre zu begeben. Im Gartengeschoss des Hauses zeigt eine ständige Ausstellung das Leben von Theodor Heuss in fünf Abschnitten deutscher Zeitgeschichte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Auf den Spuren dieser ungewöhnlich vielseitigen Biografie erkunden die Besucher die Chancen und Gefährdungen einer bildungsbürgerlichen Existenz im 20. Jahrhundert und entdecken dabei die historischen Wurzeln und frühen Jahre der Bundesrepublik.

Theodor-Heuss-Haus

Museum:
Feuerbacher Weg 46
70192 Stuttgart
Telefon: (0711) 253 55 58
heusshaus@stiftung-heuss-haus.de

Wissenschaft und Verwaltung:
Breitscheidstr. 48
70176 Stuttgart
Telefon: (0711) 955 985 0
info@stiftung-heuss-haus.de

Öffnungszeiten

Di – So 10 – 18 Uhr
Eintritt 2 Euro, Kinder und Jugendliche
frei, Besuch der Wohnräume kostenlos

Die Dauerausstellung und die Wohnräume sind ohne Führung zugänglich. Führungen auf Anfrage



www.stiftung-heuss-haus.de

thh stiftung
bundespräsident-
theodor-heuss-haus



Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Konrad Adenauer | 1876 – 1967

Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Köln, CDU-Vorsitzender und erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1949 – 1963)

Das Adenauerhaus in Rhöndorf gehört zu den meistbesuchten Sehenswürdigkeiten im Raum Bonn. Hier lebte Konrad Adenauer von 1937 bis zu seinem Tod. Dem Besucher öffnen sich die privaten Wohnräume des Gründungskanzlers wie auch sein malerischer Garten, von dem aus sich ein weiter Blick auf Rheintal und Siebengebirge bietet.

Eine moderne Dauerausstellung führt durch Adenauers Leben vom Kaiserreich bis in die junge Bundesrepublik. Neben dem Kölner Oberbürgermeister, Bundeskanzler und engagierten Europäer wird auch der Rosenliebhaber, Erfinder und Bocciapieler vorgestellt.



Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Konrad-Adenauer-Straße 8c
53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Telefon: (02224) 921 0
info@adenauerhaus.de

Die Dauerausstellung ist ohne Führung zugänglich.

Führungen zum Wohnhaus zu jeder vollen Stunde bis 16/17 Uhr.
Gruppen ab 10 Personen werden um Anmeldung gebeten.

Öffnungszeiten

Okt. – April: Di – So 10 – 16:30 Uhr
Mai – Sep.: Di – So 10 – 18 Uhr
Eintritt frei



www.adenauerhaus.de



Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Willy Brandt | 1913 – 1992

Geboren in Lübeck, Regierender Bürgermeister von Berlin, SPD-Vorsitzender, Außenminister (1966 – 1969) und Bundeskanzler (1969 – 1974)

Die Stiftung unterhält zwei Standorte: Das Forum Willy Brandt Berlin zeigt die ständige Ausstellung „Willy Brandt – Politikerleben“ zum Leben und Wirken des Staatsmannes und Friedensnobelpreisträgers. Unter dem Motto „Zeitgeschichte erleben“ versteht sich das Willy-Brandt-Haus Lübeck als außerschulischer Lernort. Schwerpunkte seiner interaktiven Dauerausstellung sind neben der Kindheit und Jugend Willy Brandts die Themen Demokratie, Frieden und Menschenrechte. An beiden Orten gibt es ein vielseitiges museumspädagogisches Begleitprogramm.

Forum Willy Brandt Berlin

Unter den Linden 62-68
10117 Berlin
Telefon: (030) 787 707 0
forum-berlin@willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Königstraße 21
23552 Lübeck
Telefon: (0451) 122 425 0
haus-luebeck@willy-brandt.de

Öffnungszeiten

Di – So 10 – 18 Uhr
Eintritt frei
Führungen nach Anmeldung

Öffnungszeiten

täglich 11 – 18 Uhr
Eintritt frei
Führungen nach Anmeldung

... sind.
... das „Dritte Reich“
... Material und Broschüren.
... Verfolger in Deutschland
... chen Kampagnen aufmerksam.
... Buch. Es widmet sich
... tigen europäischen Friedensordnung.
... in exile, Brandt writes hundreds of articles and
... ations, mostly for the Norwegian labour press.
... he explores the reasons for the success of
... warns of a coming war. With the words
... he stresses that



Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Helmut Schmidt | 1918 – 2015

Geboren in Hamburg, Innensenator in Hamburg, Verteidigungsminister (1969 – 1972), Finanzminister (1972 – 1974) und Bundeskanzler (1974 – 1982)

Die 2016 gegründete Stiftung hat ihren Sitz in Hamburg und ein Büro in Berlin; sie wird thematische Schwerpunkte des Namensgebers wissenschaftlich erforschen und in die Zukunft weiterentwickeln. Eine Dauerausstellung als Erinnerungsstätte an den Politiker und Publizisten Helmut Schmidt ist im Zentrum von Hamburg unter den Büroräumen der Stiftung in Planung. Dort sollen anhand biographischer Schwerpunkte wichtige Aspekte der Demokratiegeschichte in Deutschland veranschaulicht und mit den zukunftsorientierten Themen der Stiftung verknüpft werden. Außerdem wird das Langenhorner Wohnhaus von Helmut und Loki Schmidt als Ort der Begegnung und der Diskussion genutzt. Eine weitere Aufgabe besteht darin, das dortige Archiv auszuwerten, zu digitalisieren und für eine öffentliche Nutzung zugänglich zu machen.

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung Hamburg

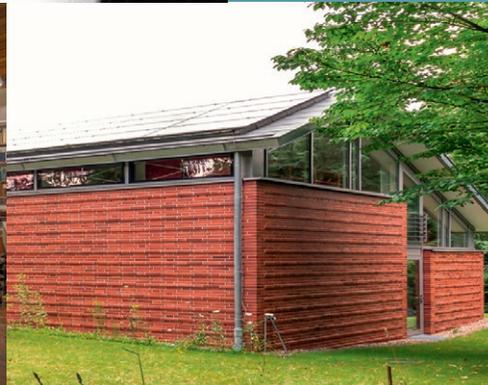
Kattrepel 10
20095 Hamburg
Telefon: (040) 18 231218
info@helmut-schmidt.de

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung Berlin

Pariser Platz 6
10117 Berlin
Telefon: (030) 804 928 88
info@helmut-schmidt.de

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Archiv:

Neubergerweg 86
22419 Hamburg
www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de/das-archiv





Otto-von-Bismarck-Stiftung
Friedrichsruh



Otto-von-Bismarck-Stiftung
Schönhausen (Elbe)



Stiftung Reichspräsident-
Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Heidelberg



Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart



Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Bad Honnef-Rhöndorf



Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Forum Willy Brandt Berlin



Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Willy-Brandt-Haus Lübeck



Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung
Hamburg



Bildnachweis

S. 6–24

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung/ Jens Jeske

S. 25, 26, 28 und 40

Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung (alle Bismarck-Porträts, Innen- und Außenaufnahmen von Friedrichsruh und Schönhausen)

S. 25, 26, 30 und 40

Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (alle Ebert-Porträts, Innen- und Außenaufnahmen des Friedrich-Ebert-Hauses)

S. 25, 26, 32 und 40

Ilse Buhs (Heuss-Porträt), Robert Thiele (Heuss-Ausstellung), Thomas Zörlein (Außenaufnahme Heuss-Haus)

S. 25, 26, 34 und 40

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Adenauer-Porträt, Innen- und Außenaufnahmen des Adenauer-Hauses), Daniel Stauch (Ausstellungsfoto)

S. 25, 26 und 36

Bundesregierung/ Georg Bauer (Brandt-Porträt)

S. 25, 26 und 38

J. H. Darchinger/ Friedrich-Ebert-Stiftung (Schmidt-Porträt)

S. 36

Uli Kunz (Ausstellung Willy-Brandt-Haus Lübeck), Felix Steck – www.f-s-p.com (Ausstellung Forum Willy Brandt Berlin)

S. 38 und 40

FILMREIF PICTURES (Innenaufnahme Wohnhaus), Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung (Archivgebäude und Schriftzug)

S. 40

Eric Strelow (Außenaufnahme Berlin), Wibke Storm (Außenaufnahme Lübeck)



DIE POLITIKERGEDENKSTIFTUNGEN DES BUNDES

Der Deutsche Bundestag hat seit 1978 sechs überparteiliche Gedenkstätten errichtet. Sie erinnern an herausragende historische Persönlichkeiten, die in der Politik des 19. und 20. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle gespielt haben: Otto von Bismarck, Friedrich Ebert, Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Unter ihrem Leitmotiv „Biografien erzählen – Geschichte entdecken“ informieren die Politikergedenkstätten des Bundes über Lebensweg, politisches Denken und Wirken wie auch das historische Erbe dieser Staatsmänner vor dem Hintergrund der jeweiligen geschichtlichen Epochen.

Die Publikation dokumentiert eine gemeinsame Veranstaltung der sechs Stiftungen 2017 in Berlin anlässlich der Veröffentlichung des Tagungsbandes „Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik“. Bundestagspräsident Norbert Lammert hielt eine Grundsatzrede zu der Frage „Wie viel Erinnerung braucht Demokratie?“.